

A-1

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 9. Mai 2026 in Idar-Oberstein

Initiator*innen: LDV (dort beschlossen am: 09.05.2026)

Titel: **Lass weiter machen: in neuer Rolle gegen den
GroKo-Rückschritt in Rheinland-Pfalz!**

Antragstext

1 **160.000 Stimmen für Klimaschutz und Demokratie - Stabiles**
2 **Ergebnis, Regierungsbeteiligung verloren: Jetzt mit neuem**
3 **Schwung zu mehr grüner Politik im Land!**

4 Während wir 2021 von einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung für das
5 Thema Klimaschutz profitierten, mussten wir 2026 dafür kämpfen, um Grünen Themen
6 überhaupt Platz auf der Agenda zu verschaffen. Gleichzeitig schmerzt es
7 selbstverständlich, dass wir rund 20.000 Zweitstimmen weniger erhalten haben als
8 2021. Und es schmerzt, dass wir nicht mehr Teil der nächsten Landesregierung
9 sind. Seit 2011 haben wir Regierungsverantwortung getragen und daran gearbeitet,
10 das Land in zentralen Zukunftsfeldern voran zu bringen. Wir haben die
11 Energiewende konsequent vorangetrieben und den Ausbau der erneuerbaren Energien
12 beschleunigt, Natur- und Artenschutz gestärkt, moderne Mobilität weiter
13 ausgebaut sowie Rheinland-Pfalz als offenes, vielfältiges und demokratisches
14 Land weiterentwickelt. Diese Erfolge sind Ergebnis harter Arbeit, klarer Haltung
15 und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

16 **Die Landtagswahl hat deutlich gemacht, dass in Zeiten großer**
17 **Herausforderungen und wachsender Unsicherheiten politische**
18 **Orientierung wichtiger ist als Inszenierung.**

19 Weniger Popstar, mehr Sicherheit, das prägt die Erwartungen der Menschen. Gerade
20 für all jene, denen Klima, Gerechtigkeit, Demokratie und Vielfalt wichtig sind,
21 stellt sich heute umso mehr die Frage, wer dafür glaubwürdig und mit
22 Gestaltungskraft eintreten kann. Unsere Antwort ist klar: Wir Grüne stehen für
23 genau diese Verbindung aus klarer Haltung und politischer Umsetzungskraft.

24 **Schon jetzt ist klar: Mit der Großen Koalition aus CDU und**
25 **SPD befindet sich Rheinland-Pfalz auf einem Weg des**
26 **Rückschritts**

27 Der Blick in den Bund zeigt, wie wenig Große Koalitionen in der Lage sind,
28 notwendige Reformen entschlossen voranzubringen. Statt mutiger Zukunftspolitik
29 droht Rückschritt bei Klimaschutz, Verkehrs- und Energiewende, bei der Sicherung
30 des Sozialstaates, vor allem für die Menschen, die ohne eigene Not darauf
31 angewiesen sein. Bei Demokratie, Frauen und Vielfalt sowie Friedenspolitik.
32 Besonders deutlich wird das bereits im Sondierungspapier der neuen
33 Landeskoalition: Dass zentrale Themen wie Klima und Energie, trotz akuter
34 fossiler Energiekrise, kaum eine Rolle spielen, ist ein Armutszeugnis und ein
35 erster, bitterer Auftakt für die rückwärtsgewandte Politik, die dem Land in den
36 kommenden Jahren bevorzustehen droht. Während der Alltag der Menschen immer
37 teurer wird, werden Reformen ausgesessen, statt beherzt Reformen anzupacken. Wir
38 können und werden nicht zulassen, dass Rheinland-Pfalz auf dem erfolgreichen Weg
39 der Energiewende und der offenen Gesellschaft ausgebremst wird. Besonders
40 deutlich wird das bereits bei den Zielen der neuen Landeskoalition: Dass
41 zentrale Themen wie Klima und Energie, trotz akuter fossiler Energiekrise, kaum
42 eine Rolle spielen, ist ein Armutszeugnis und ein erster, bitterer Auftakt für
43 die rückwärtsgewandte Politik, die dem Land in den kommenden Jahren
44 bevorzustehen droht. Während der Alltag der Menschen immer teurer wird, werden
45 Reformen ausgesessen, statt beherzt Reformen anzupacken. Wir können und werden,

46 als die einzige demokratische Opposition im Landtag,
47 nicht zulassen, dass Rheinland-Pfalz auf dem erfolgreichen Weg der Energiewende
48 und der offenen Gesellschaft ausgebremst wird.

49 **Unsere Antwort auf die neue politische Situation ist eine**
50 **progressive Oppositionsarbeit. Wir wollen zuhören, verstehen**
51 **und konkrete Lösungen entwickeln**

52 Mit dem Gang in die Opposition verändert sich dabei unsere Rolle, aber nicht
53 unser Anspruch, dieses Land aktiv zu gestalten. Es reicht angesichts der
54 multiplen Krisen nicht nur zuzuhören oder ohne Dialog Konzepte zu entwickeln. Im
55 Fokus müssen das gemeinsame Verstehen und Gestalten stehen. Ein Verstehen von
56 Herausforderungen und Lösungen auf Grundlage eines Verständnisses für den Alltag

57 der Menschen im Land. Das bedeutet, dass wir
58 stärker als bisher zu den Menschen gehen, informieren, aber vor allem auch
59 zuhören, bevor wir antworten, Lebensrealitäten anerkennen, statt zu belehren,
60 und eine Sprache wählen, die Menschen mitnimmt, statt sie auszuschließen. Wir
61 machen Politik für den Alltag der Menschen und nicht für unsere eigene
62 Selbstvergewisserung. Politik auf Augenhöhe ist für uns kein Stilmittel, sondern
63 Voraussetzung für Vertrauen.

64 Eine neue, neu durchdachte und nach den aktuellsten Erkenntnissen aufgebaute
65 Mitglieder- und Sympathisant*innen-Werbekampagne wird der erste Schritt dazu des
66 neuen Landesvorstandes sein. Wir nehmen die Menschen mit, tragen ihre Sorgen und
67 Nöten ins Parlament und schaffen Lösungsalternativen. Gern MIT der neuen
68 Regierung, falls diese das nicht annimmt, zeigen wir zumindest die „anderen
69 Möglichkeiten“ einer sozial- und umweltorientierte Politik auf.

70 Wir gehen diesen Weg als klare Abgrenzung zur GroKo aus CDU und SPD, die bereits
71 jetzt zeigt, dass sie mehr die Sorgen verwaltet als die Lösungen zu gestalten.
72 Gleichzeitig heißt eine Opposition des Verstehens auch, neue Themen aufzunehmen,
73 Sorgen ernst zu nehmen und gesellschaftliche Entwicklungen frühzeitig zu
74 erkennen, ohne unsere grünen Kernanliegen aus dem Blick zu verlieren. Klima- und
75 Naturschutz sowie Demokratie sind und bleiben unsere festen inhaltlichen
76 Pfeiler. Gerade die Bedürfnisse junger Menschen wollen wir verstärkt analysieren
77 und ansprechen. Der Stimmenverlust vor allem bei Jungwähler:innen bei dieser
78 Wahl ist für uns Auftrag, Vertrauen durch klare Lösungen und Ansprache wieder
79 zurückzugewinnen.

80 Aber auch die „Älteren“ und die sich von der Gesellschaft ausgegrenzt Fühlenden
81 müssen und werden wir dabei genauso mitnehmen!

82 **Friedensland Rheinland-Pfalz**

83 **Der Frieden weltweit ist so gefährdet wie nie seit dem 2. Weltkrieg. Und**
84 **Rheinland-Pfalz ist mit der starken Präsenz des US-Militärs mitten drin in den**
85 **Ereignissen und damit auch heute schon mögliches Ziel der Angriffe und**
86 **Eskalationen. Wir wollen uns daher auf allen Ebenen für Deeskalation einsetzen.**
87 **Die neue Regierung hat dazu keinerlei Ambitionen! Die notwendigen Initiativen**
88 **müssen von uns in rheinland-Pfalz ausgehen. Wir als Friedenspartei schauen genau**
89 **hin.**

90 **Unsere politische Arbeit findet dabei nicht nur im Parlament**
91 **statt, sondern vor allem auch im direkten Austausch mit den**

92 **Menschen im Land**

93 Wir sind dort präsent, wo sich Menschen engagieren, wo Gemeinschaft entsteht und
94 wo Zukunft gestaltet wird – in Vereinen, Initiativen, Kommunen, Betrieben,
95 Schulen und Nachbarschaften. Wir gehen raus und suchen das Gespräch. Diese Nähe
96 ist die Grundlage für Vertrauen und für eine Politik, die wirklich bei den
97 Menschen ankommt. Auf allen politischen Ebenen wollen wir diesen Anspruch
98 stärker verankern und dafür über Ressourcen und Formate in unseren Gremien
99 beraten.

100 **Während die GroKo den Rückschritt verwalten will, stehen wir**
101 **GRÜNE weiterhin an der Seite all jener, die Rheinland-Pfalz**
102 **voranbringen und an einer klimaneutralen und gerechten**
103 **Zukunft arbeiten.**

104 Das gilt für Kommunen, die Klimaschutz vor Ort umsetzen, für Unternehmen, die
105 ihre Produktion klimaneutral umbauen, für Beschäftigte, die diesen Wandel
106 tragen, und für eine engagierte Zivilgesellschaft, die sich für Zusammenhalt und
107 Demokratie einsetzt. Transformation gelingt nur gemeinsam, sozial gerecht,
108 ökologisch konsequent und wirtschaftlich klug. Deshalb werden wir konkrete
109 Alternativen entwickeln und vorlegen – für eine bezahlbare Energiewende, für
110 eine moderne und resiliente Wirtschaft, für gute Arbeit, für starke ländliche
111 Räume und für eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur. Wo Rheinland-Pfalz
112 in den wichtigen Zukunftsfeldern vorgebracht wird, wollen wir GRÜNE noch
113 stärker als bisher präsent sein - für die Anliegen im Parlament genauso wie in
114 der Fläche als progressive Kraft in der Opposition. Wir wollen uns einsetzen und
115 diese voranbringen. Transformation gelingt nur gemeinsam, sozial gerecht,
116 ökologisch konsequent und wirtschaftlich klug. Deshalb werden wir konkrete
117 Alternativen entwickeln und vorlegen – für eine bezahlbare Energiewende–
118 weitgehend in der Hand der Bürger*innen, für eine Verkehrswende, die auch vor
119 allem im ländlichen Raum die Abhängigkeit vom Auto deutlich verringert, für eine
120 moderne und resiliente Wirtschaft, für gute gerecht bezahlte Arbeit – von der
121 jede* Arbeitnehmer*in auch den Lebensalltag bezahlen kann, für starke ländliche
122 Räume und für eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur.

123 **Mit einer erstarkten AfD steht die Demokratie in Rheinland-**
124 **Pfalz vor neuen Herausforderungen**

125 In dieser Situation sind wir Grüne die einzige demokratische Oppositionskraft im
126 Land, und daraus erwächst eine besondere Verantwortung. Wir stehen klar gegen
127 jede Form von
128 Rassismus, Antisemitismus, Frauenhass und alle Formen gruppenbezogener
129 Menschenfeindlichkeit.

130 und für eine offene, vielfältige Gesellschaft sowie eine wehrhafte Demokratie.
131 Gerade jetzt braucht es Haltung und den entschlossenen Einsatz für unsere
132 demokratischen Werte. Gleichzeitig wissen wir: Zusammenhalt entsteht nicht von
133 allein, sondern muss aktiv gestaltet werden – politisch, gesellschaftlich und im
134 täglichen Miteinander. Während die GroKo im Bund die Demokratieförderung kürzt
135 und kriminalisiert, stehen wir fest an der Seite all jener, die sich für unsere
136 freiheitliche Demokratie stark machen. Mit aller Kraft politisch und
137 zivilgesellschaftlich müssen wir uns jetzt erst recht gegen die Rechtsextremen
138 im Parlament, auf der Straße und im Netz stark machen. Wir GRÜNE stehen wie kein
139 anderer konsequent dafür ein.

140 **Die kommenden Jahre werden entscheidend für die Zukunft von**
141 **Rheinland-Pfalz sein – und wir GRÜNE gehen sie mit klarer**
142 **Haltung und Tatkraft an**

143 Die Landtagswahl 2026 hat uns als verlässliche Kraft bestätigt, die für den
144 Schutz von Klima und Demokratie steht. Während die Große Koalition aus CDU und
145 SPD mit Rückschritt in zentralen Zukunftsfeldern droht, entwickeln wir konkrete
146 Lösungen: für konsequenten Klima-, Tier- und Naturschutz, moderne Mobilität,
147 innovative Wirtschaft, gerechte Bildung und gleiche Chancen, für eine starke
148 Demokratie, eine offene Gesellschaft und für eine auskömmliche Finanzausstattung
149 unserer Kommunen. Noch mehr als bisher wollen wir in den Dialog mit den Menschen
150 im Land treten, in der Stadt und auf dem Land. Wir hören zu, verstehen die
151 Lebensrealitäten und gestalten gemeinsam Lösungen, die alle mitnehmen. Wir
152 setzen auf mutige Politik für den Alltag und erschließen uns damit neue
153 Themenfelder. Daran wollen wir als Partei und Fraktion in den nächsten Jahren
154 wachsen mit dem klaren Kurs wieder eine Regierungsbeteiligung 2031 anzustreben.
155 Wir werden alles dafür tun, dass diese Koalition aus CDU und SPD nur ein kurzes
156 Kapitel in der rheinland-pfälzischen Geschichte bleibt. Wir kämpfen jetzt erst
157 recht an der Seite all jener, denen eine nachhaltige und gerechte Zukunft
158 wichtig ist.

159 Klare Kante! Für eine ökologische und sozial gerechte Politik für Rheinland-
160 Pfalz, auf die sich die Bürger:innen verlassen können!

H1-H3

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 9. Mai 2026 in Idar-Oberstein

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 18.04.2026)

Titel: Unterlagen zum TOP 4 Finanzen

Antragstext

- 1 Hier findet ihr die Unterlagen zum TOP 4 Finanzen:
- 2 <https://wolke.netzbegrueung.de/f/12458441304>

Begründung

Da wir keine Excel-Tabellen in AntragsGrün hochladen können, verweisen wir hier auf die Wolke.

TO-1

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 9. Mai 2026 in Idar-Oberstein

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 27.01.2026)

Titel: Tagesordnung

Antragstext

- 1 **1. Eröffnung, Fomalia**
- 2 **2. Aktuelle Politische Lage**
- 3 **3. Rechenschaftsbericht**
- 4 **4. Finanzen**
- 5 **5. Wahlen Landesvorstand**
- 6 **6. Wahlen Erweiterter Landesvorstand**
- 7 **7. Weitere Wahlen**
 - 8 **7.1. Wahl der Delegierten für den Bundesfinanzrat**
 - 9 **7.2. Wahl der Delegierten für den Länderrat**
- 10 **8. Anträge**

V-1

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 9. Mai 2026 in Idar-Oberstein

Initiator*innen: LDV (dort beschlossen am: 09.05.2026)

Titel: **Starke und lebendige Grüne in allen Regionen von Rheinland-Pfalz – Strukturen stärken, Präsenz zeigen!**

Antragstext

1 I. Ausgangslage

2 Rheinland-Pfalz ist als Flächenland durch eine große Vielfalt geprägt. Während
3 wir in vielen urbanen Zentren und deren direktem Umland auf stabilen und teils
4 sehr starken Wahlergebnissen aufbauen können, offenbaren sich in unseren
5 ländlichen Räumen und strukturschwächeren Regionen deutliche geringere
6 Wahlergebnisse. Diese beruhen zum Teil auch auf einer geringeren Sichtbarkeit,
7 organisatorischen Herausforderungen wie weiteren Wegen und fehlenden
8 Vernetzungsräumen sowie Defiziten in der personellen und finanziellen
9 Ausstattung der dortigen Kreisverbände.

10 Besonders besorgniserregend ist in diesen Regionen der Vertrauensverlust bei
11 jungen Menschen. Während das Angebot an Austauschorten und gesellschaftlichen
12 Treffpunkten (wie Kneipen, Gaststätten oder Gemeinschaftszentren) in der Fläche
13 stagniert und abgebaut wird, nutzen rechtsradikale Akteure diese Lücken gezielt
14 aus, um eigene Freizeitangebote zu etablieren und so Menschen für ihre Zwecke zu
15 mobilisieren. Wo demokratische Strukturen unter Druck geraten und
16 rechtspopulistische Kräfte erstarken, ist eine handlungsfähige, sichtbare und
17 ansprechbare GRÜNE Präsenz vor Ort keine Option, sondern eine demokratische
18 Notwendigkeit.

19 Die Unterschiede der Wahlergebnisse unserer Kreisverbände liegen nicht am
20 mangelnden Engagement und Einsatz der GRÜNEN Aktiven vor Ort. Im Gegenteil: Oft
21 leisten hier wenige Ehrenamtliche unter erschwerten Bedingungen herausragende
22 Arbeit. Insbesondere im ländlichen Raum übersteigen die aufzuwendenden Kosten
23 oftmals die verfügbaren Mittel der Kreisverbände. Wir müssen als Gesamtpartei
24 und gemeinsam mit unseren Abgeordneten der Ungleichheit bei der
25 Ressourcenverteilung aktiv begegnen. Unser Anspruch ist die Gewährleistung
26 gleichwertiger politischer Teilhabe durch die Präsenz grüner Politik in allen
27 Regionen von Rheinland-Pfalz – und das ab sofort, nicht erst beim nächsten
28 Wahlkampf.

29 **II. Ziele**

- 30 • **Strukturelle Stärkung:** Nachhaltiger Aufbau und Professionalisierung der
31 Kreisverbände, sowie ein aktiver Austausch und eine Zusammenarbeit mit der
32 GRÜNEN JUGEND vor Ort.
- 33 • **Mitgliederzuwachs:** Gewinnung, Aktivierung und Einbindung von (neuen)
34 Mitgliedern in allen Regionen.
- 35 • **Sichtbarkeit:** GRÜNE Politik muss als ansprechbare Kraft vor Ort
36 wahrgenommen werden und auch Jugendliche sowie junge Erwachsene in ihren
37 Lebensrealitäten abholen.
- 38 • **Demokratieförderung:** Aktive Gestaltung und Ausbau demokratischer Räume als
39 Gegengewicht zu rechtsradikalen Kräften.
- 40 • **Wahlerfolge:** Langfristige Verbesserung unserer Ergebnisse in allen
41 Landesteilen durch kontinuierliche Präsenz erreichen. Die Bedürfnisse von
42 Kinder und Jugendlichen sollen eine zentrale Rolle in unserer politischen
43 Praxis einnehmen.

44 **III. Forderungen**

45 Um diese Ziele zu erreichen, arbeitet der Landesverband an der Umsetzung
46 folgender Projekte:

- 47 • **Patenschaften:** Für ausgewählte, strukturschwächere Kreisverbände werden
48 Patenschaften durch erfahrene und personell stark aufgestellte Verbände
49 eingerichtet. Diese ermöglichen Beratungs- und Hilfsangebote.

- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- **Präsenz vor Ort:** Die Schaffung von Regionalbüros in Regionen, die bisher keine Abgeordnetenbüros oder Geschäftsstellen betreiben. Ziel ist eine flächendeckende, sichtbare Infrastruktur GRÜNER Politik in Rheinland-Pfalz, um sicherzustellen, dass in allen Regionen eine kontinuierliche Ansprechbarkeit, Bürger*innensprechstunden und Veranstaltungsformate gewährleistet sind. Hierbei sollte eine strategische Standortwahl in Abstimmung zwischen Landesverband und mehreren Kreisverbänden das Ziel sein, um Synergien zu nutzen und regionale Erreichbarkeit zu maximieren. Des Weiteren braucht es regelmäßige Vor-Ort-Präsenz von Mandatsträger*innen (MdB, MdL, kommunale Ebene) Auch die GRÜNE JUGEND soll die Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen nutzen können und dabei unterstützt werden. Unterstützend soll für Parteiarbeit vor Ort ein Katalog an Veranstaltungsformaten entwickelt werden. Ebenso hilft etwa die Anschaffung einer mobilen Bar oder Eisdiele bei diesen Terminen.
- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- **Professionalisierung:** Durch gezielte Maßnahmen und Hilfestellungen werden Aufgaben und Bereiche standardisiert und unterstützt: Aufbau einer zentralen Koordinationsstruktur, die Termine und Ressourcen von Mandatsträger*innen und Bundespolitiker*innen bündelt und transparent macht.
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- **Kommunalpolitik & Wahlkampf:** Fortlaufende Unterstützung durch Veranstaltungsplanung sowie Material- und Kampagnenpakete, die auf Region und Zielgruppen zugeschnitten sind. Termine mit Bundespolitiker*innen werden häufiger als bisher in Kreisverbände in strukturschwächeren Regionen vermittelt.
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- **Digitalisierung:** Erwerb von nutzbarer Software, u.a. im Bereich der Protokollführung, Planung und Steuerung von Parteiarbeit. Der Landesverband soll dabei unterstützen, dass jedem Kreisverband, der das möchte, das nötige technische Equipment zur Verfügung steht, um Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen u.a. hybrid bzw. online anzubieten. Es sollte auch Vorstands- und andere Wahlen rechtssicher online bzw. hybrid ermöglichen. Für Kreisverbände, die sich das Equipment nicht leisten können, sollte der Landesverband sein Ausleihangebot ausbauen.
- 83
- 84
- 85
- 86
- **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:** Professionalisierung der lokalen Kommunikation, Unterstützung beim Aufbau von Webseiten. Zur Verbreitung Grüner Narrative und Forderungen wird Personal aufgebaut, um parteinahe Kanäle in den Sozialen Medien nachhaltig zu fördern.
- 87
- **Strategische Entwicklung und Evaluation:** Gemeinsame Erarbeitung von

88 langfristigen Zielen für die regionale Verankerung. Einrichtung eines
89 jährlichen Evaluationsformats mit Mitgliedern des Landesvorstands bzw.
90 erweiterten Landesvorstands über den Stand der Ziele.

- 91 • **Organisatorische Unterstützung:** durch den Landesverband und mobile
92 Unterstützungsteams mit erfahrenen Wahlkämpfer*innen oder Organizer*innen.
93 Zusätzlich soll ein Hilfsnetzwerk zur solidarischen Vermittlung von
94 Kompetenzen sowie personellen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen
95 zwischen den Kreisverbänden eingerichtet werden.

- 96 • **Demokratiearbeit:** Ehrenamtliches Engagement vor Ort soll durch aktive
97 Mitarbeit bei zivilgesellschaftlichen Initiativen, der Organisation von
98 Demonstrationen, Veranstaltungen und Infoständen intensiviert werden. Dazu
99 zählt Unterstützung beim Aufbau von lokalen Demokratieinitiativen und
100 Bündnissen gegen Rechtsextremismus. Ein wichtiger Teil ist die Förderung
101 niedrighschwelliger Formate für alle Generationen, die den
102 gesellschaftlichen Austausch fördern (wie Sommerfeste, Dorfgespräche,
103 Infostände, Stammtische, Pubquizzes, Kleidertauschbörsen, Repair Cafés,
104 Hausaufgabenhilfen).

- 105 • **Finanzielle Solidarität:** Wir möchten die Entwicklung eines solidarischen
106 Finanzierungsmodells zwischen Kreisverbänden und dem Landesverband zum
107 Aufbau flächendeckender regionaler Strukturen erreichen. Ziel ist die
108 Schaffung eines Solidarfonds zur Förderung regionaler GRÜNER
109 Infrastruktur, insbesondere der Errichtung von Regionalbüros oder
110 Anstellung von Teilzeitstellen in den Kreisverbänden.

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 9. Mai 2026 in Idar-Oberstein

Initiator*innen: LDV (dort beschlossen am: 09.05.2026)

Titel: Für mehr Vielfalt auch in den Parlamenten

Antragstext

1 Der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen hat im März 2022 den Antrag
2 „Zusammenhalt in Vielfalt:
3 Innerparteiliche Vielfalt strukturell ermöglichen“ beschlossen. Darin steht
4 unter anderem:

5 „Rheinland-Pfalz ist ein vielfältiges Land. In unseren Städten und Gemeinden
6 leben Menschen mit
7 den unterschiedlichsten Biografien, Identitäten, Zielen und Träumen zusammen.
8 Wir als Partei
9 sehen in der Vielfalt unserer Gesellschaft eine Bereicherung für jegliche
10 Aspekte unseres Lebens –
11 diese Vielfalt ist unsere Stärke.“

12 Diese Vielfalt ist noch nicht in den Landesparlamenten und im Bundestag
13 abgebildet. Bündnis 90/Die
14 GRÜNEN sind in dieser Hinsicht sehr viel besser aufgestellt, als die anderen
15 Parteien. Aber auch wir sind gefordert, weiter an dem Ziel, dass sich möglichst
16 viele Bevölkerungsgruppen durch unsere
17 Fraktionen repräsentiert sehen, zu arbeiten. Politikverdrossenheit hat auch
18 damit zu tun, dass viele sich in den Parlamenten nicht vertreten sehen. Mehr
19 Vielfalt in den Parlamenten wird die
20 Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie erhöhen. Die Frauenquote ist eine
21

22 Erfolgsgeschichte,
aber sie reicht nicht.

23 Deshalb brauchen auch wir den **Appell**, bei den Listenaufstellungen auf eine große
24 Bandbreite von
25 **Lebens- und Berufserfahrungen sowie unterschiedlichen Migrationsbiografie**
26 unterschiedliche Altersgruppen und sexuelle Orientierungen zu achten.

27 **Diese Kriterien sollten neben der fachlichen Kompetenz und der regionalen**
28 **Verankerung berücksichtigt werden.**

29 Die regionale Verteilung ist auch unverzichtbar für die Stärkung unserer Partei
30 im ganzen Land, weil sie mit Wahlbezirksbüros in den jeweiligen Regionen
31 verbunden ist, die gerade im ländlichen Raum viel Verankerung und Stärkung vor
32 Ort bedeuten können.

33 Begründung: erfolgt mündlich

W-1

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 9. Mai 2026 in Idar-Oberstein

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 03.04.2026)

Titel: **Wahlordnung Geschäftsführender
Landesvorstand**

Antragstext

§ 1 [Allgemeine Regeln]

1. Kandidaturen sind bis zum Schluss der BewerberInnenliste für die jeweilige Position durch den/ die WahlleiterIn möglich. Diese ist spätestens zu Beginn der jeweiligen Vorstellungsrunde zu schließen.
2. Die Plätze werden in der Reihenfolge: Landesvorsitzende, Landesvorsitzende*r, Landesschatzmeister*in gewählt.

§ 2 [Regelung für Vorstellungen]

1. Die BewerberInnen haben je insgesamt 10 Minuten Redezeit, davon 8 für ihre Vorstellungsrede und 2 Minuten zur Beantwortung von Fragen.
2. Die Vorstellungsreden erfolgen in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen der BewerberInnen.
3. An die BewerberInnen können nach ihren Vorstellungsreden Fragen gestellt werden. Fragen können für die jeweiligeN BewerberInnen während diese ihre Vorstellungsrede halten in die Wortmeldeboxen eingeworfen werden.

- 15 4. Für die Fragen an die BewerberInnen müssen die vorbereiteten Frage-
16 Formulare benutzt werden. Fragen richten sich immer an einzelne
17 BewerberInnen, wer Fragen an mehrere BewerberInnen stellen will, muss
18 dementsprechend mehrere Frageformulare ausfüllen.
- 19 5. Für jedeN BewerberIn werden bis zu 3 Fragen ausgelost.
- 20 6. Die ausgelosten Fragen werden vom Präsidium vorgelesen.
- 21 7. Zur Beantwortung stehen jedem/jeder BewerberIn insgesamt 2 Minuten
22 Redezeit zur Verfügung. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in umgekehrter
23 alphabetischer Reihenfolge.

24 § 3 [Ablauf der Wahlen]

- 25 1. Die Wahlen sind geheim und erfolgen in getrennten Wahlgängen.
- 26 2. Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen,
27 gültigen Stimmen auf sich vereinigen kann. Erreicht dies niemand, so
28 findet im zweiten Wahlgang eine Stichwahl zwischen den beiden
29 BewerberInnen mit den meisten Ja-Stimmen des ersten Wahlgangs statt.
30 Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen, gültigen Stimmen auf
31 sich vereinigen kann. Falls auch in diesem Wahlgang das erforderliche
32 Quorum nicht erreicht wird, ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die
33 meisten Stimmen erhält.
- 34 3. Bei Stimmengleichheit wird maximal zwei Mal eine Stichwahl durchgeführt,
35 sollte es also insgesamt drei Mal eine Stimmengleichheit geben,
36 entscheidet das Los. Eine Stichwahl ist nur gültig, wenn nicht mehr als ein
37 Drittel der gültigen Stimmen Stimmenthaltungen oder Nein-Stimmen sind.

38 § 4 [Amtsbeginn]

39 Der neu gewählte Landesvorstand nimmt seine Tätigkeit mit Wirkung zum **1. Juni**
40 **2026** auf. Der amtierende Landesvorstand führt die laufenden Geschäfte bis zu
41 diesem Zeitpunkt ordnungsgemäß fort und bringt begonnene Vorgänge sowie
42 anhängige Angelegenheiten zu einem geordneten Abschluss. Die Zeit wird intensiv
43 für die Übergabe der Geschäfte an den neuen Landesvorstand gemäß GO des LaVo
44 genutzt.

45 § 5 [Inkrafttreten, Änderungen]

46 Diese Wahlordnung tritt mit ihrer Annahme durch die Landesdelegiertenversammlung
47 in Kraft.
48 Sie tritt außer Kraft, wenn sie aufgehoben oder durch eine neue Wahlordnung
49 ersetzt wird. Dies kann nicht während der Wahlen des Geschäftsführenden
50 Landesvorstands geschehen.

W-2

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 9. Mai 2026 in Idar-Oberstein

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 03.04.2026)

Titel: **Wahlordnung für die Wahl des Erweiterten
Landesvorstandes**

Antragstext

§ 1 [Allgemeine Regeln]

1. Kandidaturen sind bis zum Schluss der BewerberInnenliste durch den/ die WahlleiterIn möglich. Diese ist spätestens zu Beginn der jeweiligen Vorstellungsrunde zu schließen.

§ 2 [Regelung für Vorstellungen]

1. Die BewerberInnen haben je insgesamt 6 Minuten Redezeit, davon 4 für ihre Vorstellungsrede und 2 Minuten zur Beantwortung von Fragen.
2. Die Vorstellungsreden erfolgen in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen der BewerberInnen.
3. An die BewerberInnen können nach ihren Vorstellungsreden Fragen gestellt werden. Fragen können für die jeweiligeN BewerberInnen während diese ihre Vorstellungsrede halten in die Wortmeldeboxen eingeworfen werden.
4. Für die Fragen an die BewerberInnen müssen die vorbereiteten Frage-Formulare benutzt werden. Fragen richten sich immer an einzelne

15 BewerberInnen, wer Fragen an mehrere BewerberInnen stellen will, muss
16 dementsprechend mehrere Frageformulare ausfüllen.

17 5. Für jedeN BewerberIn werden bis zu 3 Fragen ausgelost.

18 6. Die ausgelosten Fragen werden vom Präsidium vorgelesen.

19 7. Zur Beantwortung stehen jedem/jeder BewerberIn insgesamt 2 Minuten
20 Redezeit zur Verfügung. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in umgekehrter
21 alphabetischer Reihenfolge.

22 § 3 [Ablauf der Wahlen]

23 1. Zuerst wird über die Bewerberinnen auf Vorschlag der in der Satzung
24 benannten Gruppen für die quotierten Plätze entschieden. Anschließend über
25 die gesamten quotierten Plätze. Danach wird über die Bewerberinnen und
26 Bewerber auf Vorschlag der in der Satzung benannten Gruppen für die
27 offenen Plätze entschieden. Anschließend über die gesamten offenen Plätze.

28 2. In jedem Wahlgang hat jedeR Delegierte so viele Stimmen wie Plätze zu
29 vergeben sind. Mehrfachnennungen einer Bewerberin/eines Bewerbers sind
30 nicht möglich.

31 3. Im ersten und zweiten Wahlgang sind die BewerberInnen mit den meisten
32 Stimmen gewählt, wenn sie mehr als die Hälfte der abgegebenen, gültigen
33 Stimmen auf sich vereinigen können. Im zweiten und den folgenden
34 Wahlgängen kann nur antreten, wer im vorangegangenen Wahlgang mehr als 10%
35 der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. JedeR Delegierte hat so
36 viele Stimmen wie Plätze unbesetzt geblieben sind.

37 4. Im dritten Wahlgang reicht die relative Mehrheit der Stimmen, sofern
38 mindestens ein Drittel der abgegeben gültigen Stimmen auf eineN BewerberIn
39 entfällt. Sollten nach dem dritten Wahlgang Plätze nicht besetzt sein,
40 folgt ein neuer erster Wahlgang.

41 § 3 [Inkrafttreten, Änderungen]

42 1. Diese Wahlordnung tritt mit ihrer Annahme durch die
43 Landesdelegiertenversammlung in Kraft. Diese bedarf der absoluten Mehrheit
44 der Stimmen.

- 45 2. Sie tritt außer Kraft, wenn sie aufgehoben, durch eine neue Wahlordnung
46 ersetzt oder der Erweiterte Landesvorstand abgeschafft wird.
- 47 3. Änderungen der Wahlordnung sind mit der absoluten Mehrheit der Stimmen auf
48 schriftlichen Antrag möglich. Dies gilt nicht, wenn die Wahl des
49 Erweiterten Landesvorstands bereits begonnen hat.

W-3

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 9. Mai 2026 in Idar-Oberstein

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 03.04.2026)

Titel: Wahlordnung Weitere Wahlen (TOP 7)

Antragstext

§ 1 [Allgemeine Regeln]

- Kandidaturen sind bis zum Schluss der Bewerber*innenliste für die konkrete Position durch den/ die Wahlleiter*in möglich. Diese ist spätestens zu Beginn der jeweiligen Vorstellungsrunde zu schließen. Nach Schluss der Bewerber*innenliste durch das Präsidium, ist eine Kandidatur für die entsprechende Position nicht mehr möglich.

§ 2 [Regelung für Vorstellungen]

1. Die Kandidat*innen stellen sich jeweils nach alphabetischer Reihenfolge des Nachnamens vor.
2. Die Kandidat*innen haben je insgesamt 4 Minuten Zeit für ihre Vorstellungsrede und 2 Minuten zur Beantwortung von Fragen.
3. An die Kandidat*innen können nach ihren Vorstellungsreden Fragen gestellt werden. Fragen können für die jeweiligen Kandidat*innen während diese ihre Vorstellungsrede halten in die Wortmeldeboxen eingeworfen werden.

- 16 4. Für die Fragen an die Kandidat*innen müssen die vorbereiteten Frage-
17 Formulare benutzt werden. Fragen richten sich immer an einzelne
18 Kandidat*innen, wer Fragen an mehrere Kandidat*innen stellen will, muss
19 dementsprechend mehrere Frageformulare ausfüllen.
- 20 5. Für jeden Kandidat*in werden bis zu 3 Fragen ausgelost.
- 21 6. Die ausgelosten Fragen werden vom Präsidium vorgelesen.
- 22 7. Zur Beantwortung stehen jedem*jeder Bewerber*in insgesamt 2 Minuten
23 Redezeit zur Verfügung. Die Beantwortung der Fragen erfolgt direkt im
24 Anschluss an die Vorstellungsrede.

25 § 3 [Ablauf der Wahlen]

- 26 1. Die Wahlen sind geheim und erfolgen in getrennten Wahlgängen. Sollten
27 nicht mehr Kandidat*innen zur Verfügung stehen als Delegierte &
28 Ersatzdelegierte zu wählen sind, ist eine verbundene Einzelwahl möglich.
- 29 2. Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegeben gültigen Stimmen
30 erhält.
- 31 3. Ist ein zweiter Wahlgang notwendig, können alle Kandidat*innen antreten,
32 die im ersten Wahlgang noch nicht gewählt wurden. Gewählt sind diejenigen
33 Kandidat*innen, die die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt
34 haben.
- 35 4. Im dritten Wahlgang können alle Kandidat*innen antreten, die im 2.
36 Wahlgang nicht gewählt wurden. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der
37 gültigen abgegebenen Stimmen erzielt hat.

38 § 4 [Inkrafttreten, Änderungen]

- 39 1. Diese Wahlordnung tritt mit ihrer Annahme durch die Landesdelegiertenver-
40 sammlung in Kraft.
- 41 2. Sie tritt außer Kraft, wenn sie aufgehoben oder durch eine neue
42 Wahlordnung ersetzt wird. Dies kann nicht während der Wahlen für ein
43 Gremium geschehen.